

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauergewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Bauergewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreispaltige Kleinzeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Vom 2. bis 6. Juni tagte in Wien der Internationale Gewerkschaftskongress. Zu seiner Vorbereitung hatte am 28. und 29. Mai in Wien eine Vorstandssitzung des IGB, stattgefunden, in der der gedruckte Vorbericht besprochen und vom Gesamtvorstand genehmigt wurde. Ferner wurde die Tagesordnung festgelegt, auch die sonst vorliegenden Anträge wurden besprochen. Außerdem gingen dem Kongress eine internationale gewerkschaftliche Frauenkonferenz und eine gemeinsame Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des IGB, voraus. Dem gedruckten Tätigkeitsbericht über die Jahre 1922 und 1923, der im Umfang von 176 Seiten auch im Buchhandel erschienen ist, entnehmen wir, daß dem IGB, 10 Landesverbände in Europa und je einer in Asien, Nordamerika und Afrika, mit insgesamt 36 238 000 Mitgliedern angehören, die nicht zur Moskauer Internationale gehören, sondern die nicht zur Moskauer Internationale gehören, sondern die nicht zur Moskauer Internationale gehören, sondern die nicht zur Moskauer Internationale gehören.

Zu der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate wurde nach zweitägiger Beratung eine Entschließung angenommen, in der als einzige Gewerkschaftsinternationale aller Gewerkschaften ausschließlich der IGB, in Amsterdam anerkannt wird. Damit sollen Zweifelsfragen beseitigt werden, die aus der Zulassung russischer Organisationen zu internationalen Berufsorganisationen entstanden waren.

Der Internationale Gewerkschaftskongress selbst war mit 206 Delegierten aus 22 Ländern besetzt. Mertens (Belgien) eröffnete den Kongress mit einem Rückblick auf die Entwicklung seit dem Kriege. Das hauptsächlichste Bestreben während dieser Zeit war, über alle Differenzen hinweg die Einheit der Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten. Der Friedensvertrag von Versailles bringe in seinem Abschnitt 13 zum erstenmal die offizielle Anerkennung der sozialen Arbeiterbewegungen. Insbesondere wurde der Achtstundentag fast überall durchgesetzt. Seit 1920 bemühen sich aber Unternehmer und Regierungen, diese Formen wieder rückgängig zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale beabsichtigt, Untersuchungsaktionen zugunsten der Arbeiterbewegungen, der russischen und der deutschen Arbeiterbewegung. Für die deutsche Arbeiterbewegung wurden rund 500 000 Gulden aufgebracht.

Nachdem noch Sassenbach eine Reihe ergänzender Mitteilungen zu dem gedruckten Bericht gemacht hatte, entwickelte sich eine große Debatte über die Russenfrage. In der vorbereitenden Vorstandssitzung war der Briefwechsel mit dem russischen Gewerkschaftsbund vorgelegt und dem Gesamtvorstand war einmütig die Ansicht gekommen, daß Form und Inhalt des erhaltenen Antwortscheins den weiteren Versuch einer Annäherung unmöglich mache. Dagegen verlangte der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, Cranley, dem Antrag der russischen Gewerkschaftsinternationale auf gemeinsame Verhandlungen stattzugeben. Fimenz untersticht den Antrag, was Enttäufung bei der französischen Delegation hervorrief. Craxmann führte unter großem Beifall der Kongressmehrheit aus, daß zwar die deutschen Gewerkschaften trotz ihrer Bedenken den Napoleonvertrag gebilligt hätten, aber die Russen hätten trotzdem nicht aufgehört, den Verhandlungskampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Er erinnere an das bekannte infame Leninische Rezept, mit List, Schleichheit und illegalen Methoden in die Gewerkschaften einzudringen und sie der kommunistischen Partei unterzuwerfen. Das kommunistische politische Bureau Deutschlands habe Anweisung gegeben, Beweise zu unterbreiten, aber nicht einzuhalten. Solange die Russen den Kampf gegen die Gewerkschaften nicht aufgeben, solange sie nicht antworten, müssen wir Verhandlungen ablehnen. Mertens setzte sich mit Fimenz auseinander. Er fragte ihn, wessen Schuld es denn sei, daß die Uneinigkeit heute größer sei als je. Die Transportarbeiterrevolte hätte kaum den Beschluß gefaßt, die Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften wieder aufzunehmen und die Zweifelsfragen einzustellen, da sei das Abkommen schon von den Russen gebrochen worden. Fimenz habe eine Doppelpolitik als Ausländer und als Transportarbeitervertreter getrieben. Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften lehnt Mertens ebenfalls ab. Die Engländer machen erneut geltend, daß man nicht die Tür für immer schließen dürfe. Lenin (Frankreich) behauptet, daß die Engländer heute verlangen, daß man den Verhandlungskampf mit einer neuen Demütigung beantworte. Wenn die russischen Gewerkschaften die Freiheit der Aktion hätten, dann könnten wir zusammenarbeiten ohne Bedingungen, die uns demütigen. Schließend wird eine von Veinart eingebrachte Entschließung

angenommen, in der es heißt, daß die Gewerkschaften aller Länder durch die kommunistische Politik gezwungen werden, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, um die Zerstörung ihrer Organisationen zu verhindern.

Zum Punkt 8 der Tagesordnung, Krieg und Militarismus, hielt Fouhaug (Frankreich) eine mit großem Beifall aufgenommene Rede. In einer Entschließung wird die organisierte Arbeiterbewegung erneut verpflichtet, sich jedem künftigen Krieg zu widersetzen durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie, Verweigerung des Transports von Kriegsmaterial, durch wirtschaftlichen Boykott sowie durch Generalstreik. Sie beauftragt das Bureau des IGB, ihre pazifistischen Bewegungen fortzusetzen und erzieherisch auf die Jugend und ausflüchtig auf die Frauen zu wirken. Der Kongress beschloß, den 21. September 1924 als internationalen Antikriegstag zu bezeichnen.

Am letzten Sitzungstag erstattete Mertens den Bericht der Kommission für den Achtstundentag. Nachdem zu diesem Punkt eine Resolution über die Verteidigung der Achtstundenregel angenommen war, wurden zum Schluß die Wahlen vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde an Stelle von Thomas (England), der inzwischen Minister geworden, Purcell (England) gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Fouhaug (Frankreich), Mertens (Belgien), Leipart (Deutschland), zu Sekretären Brown (England), Quebeest (Holland) und Kaspar (Deutschland).

Das wahre Gesicht der kommunistischen Gewerkschaftszerstörer.

Obwohl wir in einem Aufsatz: „Briefe aus Moskau“ in der Nummer 19 des „Grundstein“ das wahre Gesicht der kommunistischen Gewerkschaftszerstörer enthielt haben, hatten wir es dennoch für notwendig, nach einem Aufschluß aus der Nummer 20 der „Gewerkschafts-Bestimmung“, der sich mit der gleichen Materie beschäftigt, unsere Kollegen zu unterbreiten. Wir bitten, diesen Aufschluß recht aufmerksam durchzulesen. Jeder sollte, denn das letzte Wort noch nicht ganz abgehört bekommen ist, dürfte die Augenwandung mit Begeisterung finden. Nach dieser kurzen Einleitung werden wir nunmehr der „Gewerkschafts-Bestimmung“ das Wort.

Würden die Anhänger der kommunistischen Gewerkschaftspropaganda einmal ernstlich befragen, den Zweck der ganzen kommunistischen Gewerkschaftstätigkeit auf der Hand der vorliegenden eigenen Neuerungen der verantwortlichen kommunistischen Instanzen nachzuprüfen, so würden sie das freibestaltete Spiel dieser Heißjäger sehr bald beenden. Da es aber bequemer ist ohne eigenes Nachdenken in das sehr geschickt verarbeitete Geschrei von „beraterischen, reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie“ einzustimmen, bleibt die betriebliche Tatsache, daß ohne Rücksicht auf die Aufgaben und die Aktionskraft der Gewerkschaften die irtümlichsten Karolen fanatische Anhänger finden. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sollte es aber ablehnen, die nachschwabende Masse eines dreierlei Papageien zu übernehmen, sondern mit eigenen Gehirnkraften selbst versuchen, die so geschickt über ihn geworfenen Schlingen zu entwirren. Sehr dankbares Material dafür bietet erneut wieder der Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Moskau) an den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Gewerkschaftsfrage, abgedruckt in der „Molen Fahne“ Nr. 43 vom Sonntag, 4. Mai. Schon die Einleitung ist sehr bemerkenswert:

Wir wollen die Gewerkschaftsfrage in Anbetracht ihrer Wichtigkeit in einem besonderen Briefe behandeln. Hier geht es nicht nur und nicht so sehr um das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung, sondern um das Schicksal der SPD, selbst... Hier handelt es sich darum, ob die SPD, tatsächlich eine proletarische Massenpartei sein wird oder nicht.

Das sind düre Worte, die den Windstößen erkennen lassen, daß die Gewerkschaftsbewegung an sich den Moskauern ganz gleichgültig ist. Ihnen kommt es nur darauf an, Massen für die Parteifunktionen zu mobilisieren. Ob die Aktionen die wirtschaftliche Macht der Arbeiter bezimern, ob die Gewerkschaften darüber zusammenbrechen, alles ist Nebensache, wenn nur die kommunistische Partei dabei den geringfügigsten Vorteil findet. Vertiefen sich unsere Gewerkschaftsmitglieder einmal in den Entwicklungsgang unserer Gewerkschaften, dann werden sie finden, daß die Gewerkschaften stets eine größere Wertekraft enthielten, konnten als alle politischen Parteien. Das ist auch durchaus verständlich, weil politische Leistungen für die wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiterklasse leichter bestanden werden als das Ringen um politische Ideale auf weite Sicht. Die Aufgaben der Gewerkschaften gegenüber denen der politischen Parteien sind eben ganz andere. Deshalb haben es die Gewerkschaften seit jeher abgelehnt, ihr Schicksal mit irgendeiner politischen Partei zu verbinden, die die Gewerkschaften von diesem Grundweg ab, dann verbergen sie sich selbst jede Möglichkeit des erfolgreichen Wirkens für ihren eigenen, wahrlich genügend großen Aufgabebereich.

Der ganze nun folgende Inhalt des fast dreieinhalb Spalten umfassenden Briefes ist darauf gerichtet, den Kommunisten gezeigelt zu machen, daß sie auf jeden Fall die Zerstörung der Arbeiterbewegung in der Gewerkschaften betreiben müssen. Wer in Konsequenz der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hebe den Gewerkschaften den Rücken kehrt, wird feierlich zum Verräter an der Weltrevolution erklärt. Daß solches nicht den Gewerkschaften zuliebe geschieht, zeigen folgende Sätze:

... Verhandlungen und Vereinbarungen... der Kommunisten mit den lokalen Massenorganisationen der Gewerkschaften (Einkaufsgruppen, Kartelle usw.)... bilden im Gegenteil eine wirkliche Waffe gegen die Gewerkschaftsbureaucratie und die Reformisten...

Die kommunistische Partei muß dabei den Arbeitern offen auseinandersetzen: Daß aus der gegebenen schweren ökonomischen Lage der Arbeiterklasse nicht durch gewöhnliche Maßnahmen gewerkschaftlichen Kampfes, sondern lediglich durch den Sturz der Macht der Kapitalisten durch die Diktatur des Proletariats herauszukommen ist...

Die Betriebsräte müssen die Gewerkschaften für die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse anflagen und verantwortlich machen.

Nun zuvor wird aber gesagt: Dabei ist im gegebenen Moment die Unterstellung der Betriebsräte unter die reformistischen Gewerkschaften in der einen oder anderen Form als schädlich zu bekämpfen.

Alle diese Sätze sprechen für sich selbst. Trotzdem müssen wir aber immer wieder den Zweck dieser kommunistischen Haltung hervorheben. Die kommunistische Zentrale weiß ganz genau, daß sie ohne eine solche Zerstörung der Gewerkschaften für ihr eigenes politisches Aktionsprogramm nur eine ganz verschwindende Sekunde von Fanaliten sammeln kann. Deshalb müßt sich auch das Exekutivkomitee in seinem Schreiben so kampfhaft, den deutschen Arbeitern die Notwendigkeit dieser selbstmörderischen Gewerkschaftsaktion begründend zu machen. In dem Eifer, die Opposition in den eigenen Reihen, die auf die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften hinwirken, zu Boden zu bringen, entkäuften den „großen“ Sinowjew (Exekutivkomitee) Gedankens, die alle unsere Gewerkschaftsgenossen beachten müssen. Wir zitieren folgende Absätze des Briefes:

Wenn Ihr versucht, sofort parallele Gewerkschaften unter Heranziehung ziemlich formloser Erwerbslosenorganisationen, Vertretungen der Betriebsräte und ähnliche Organisationen zu schaffen, so werdet ihr einen Stummelwunder erhalten. Machtvolle proletarische Organisationen werdet Ihr auf diese Weise nicht zustande bringen. Es würde eher Erwerbslosenorganisationen, nicht aber Gewerkschaften arbeitender Genossen sein.

In diesen Sätzen liegt eine sehr hübsche Charakterisierung der bisher ins Leben gerufenen Oppositionsverbände, Verbände der Ausgeschlossenen usw. Der Vater kommt das eigene Kind am besten. Aber weiter:

Am Tage nach der Bildung dieser parallelen Gewerkschaften durch Euch werden die Massen sofort an Euch die Forderung stellen, erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Bei der jetzigen Lage der deutschen Industrie, mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie und dem IGB im Rücken, in dem auf jeden Fall nicht weniger als zwei Drittel der Arbeiter verbleiben werden, könnt ihr keine wirtschaftlichen Streiks siegreich führen... Sobald sich aber die Massen überzeugt haben werden, daß unsere Gewerkschaften wirtschaftliche Streiks nicht führen können, werden sie enttäuscht sein und unsere Parallelgewerkschaften den Rücken kehren.

Sobald Angst vor eigener Verantwortung, vor dem selbstverständlichen Grundfaß, daß der Kritiker die Verechtung seiner Kritik durch eigenes Nömen zu beweisen hat, ist in so offener Weise wohl niemals zum Ausdruck gebracht worden. Damit wird das freibestaltete Beginnen der planmäßigen Zerstörung der Gewerkschaften mit eigenen Ausführungen an den Pranger gestellt. Ist schon die Erkenntnis vorhanden, daß man nie imstande sein wird, erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu führen, müssen dann mit allen Mitteln die so mühselig geschaffenen und so oft erprobten Gewerkschaften heimlich untergraben werden? Wer nur den Versuch des Abnehmens macht, wird in diesen Ausführungen die beste Rechtfertigung der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen finden, die sich mit aller Entschiedenheit der kommunistischen Zerstörungsbewegung entgegenstellen. Die kommunistische Partei befindet sich aber in einer Zwangslage. Sagt doch das Exekutivkomitee an anderer Stelle des Briefes:

Aus den Fachgruppen. Glaser.

Berlin. Seit dem 12. Mai kämpfen wir um die Erhaltung des Achtstundentages und den Stundenlohn der Bauarbeiter. Eine Einigung ist noch nicht zustande gekommen. Die Herren von der Glaserfirma wollen den neunstündigen Arbeitstag, auch wollen sie die Arbeit in der Tarifvertrag festgelegt haben, obwohl in keiner Stadt Deutschlands die Arbeitslosigkeit im Glaserwerke so groß ist wie gerade in Berlin. Monatelang ist ein Teil unserer Kollegen fast in jedem Jahr ohne Beschäftigung. Am 6. Juni fand eine Vergleichsverhandlung vor dem Schlichter statt, jedoch war eine Einigung nicht zu erzielen, weil die Unternehmer von ihrem starcköpfigen Standpunkt nicht abgingen. Auch Jänner sollen nicht mehr geholt werden, die Junifrauen wollen nur den Glasergehilfen, die 10 Jahre im gleichen Geschäft tätig sind, für 4 Tage und denen, die unter 10 Jahren im Geschäft arbeiten, für 2 Tage den Lohn bezahlen. Ferner, so wurde schliesslich gesagt, hätten die Geheilen ja jetzt während des Wirtschaftstiefs gehaft. Auf diese Art laubt das schiefe Unternehmen in Zeiten der Krise die Arbeiter verbüssen zu können. Der Kampf um unsere gerechten Forderungen währt unter diesen Umständen weiter.

Töpper und deren Hilfsarbeiter.

Wohlbewegung. Die Verhandlungen wegen Fortbestehens des Bergwerks für den Ofenformner in Bayern sind gescheitert; es muß nunmehr örtlich verhandelt werden. In der Ofenfabrik Banke in Lauf wurde nach zweitägigem Streik ein Stundenlohn von 0,1 3 vereinbart. Die achtstündige Arbeitszeit und die Ferien bleiben bestehen. — In Pappenheim ist auf dem Verhandlungsweg die achtstündige Arbeitszeit auf neue festgelegt. Überstunden werden mit 10 bis 20 % Aufschlag bezahlt. Vom 2. Juni an erhalten Ofenformner 10 % Aufschlag, Ofenformner 5 % Aufschlag auf den Ofenlohn. Kugelofenformner bekommen 30 % Wochenlohn, die Feiertage werden bezahlt. Die Lohnforderung für Hilfsarbeiter beträgt die Stunde 5 bis 7 1/2. — Aus Weingurg. i. Bayern wird uns mitgeteilt, daß dort die Ofenfabrik auf einige Wochen stillgelegt werden mußte, weil die Mittel zur Weiterführung des Betriebes nicht zur Verfügung stehen. Deshalb konnte zuerst eine Lohnvereinbarung mit diesem Betriebe nicht getroffen werden. — In Kelzen ist für Ofenformner ein Stundenlohn von 55 3 vereinbart. Die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. — Für Welle sind Verhandlungen vor dem Schlichter in Berlin resultlos verlaufen. Die Fabrikanten weigern sich, selbst den in Sachsen geltenden Stundenlohn von 62 3 zu zahlen. Ein Spruch des Schlichters auf 58 3 Stundenlohn wurde von beiden Seiten abgelehnt. Inzwischen sind die Ofenformner in der Provinz Brandenburg ausgesperrt worden. Die Hilfs- und Transportarbeiter in Welle stehen gleichfalls im Streik, sie haben beschlossen, die Arbeit erst dann aufzunehmen, wenn eine Einigung mit den Töppern stattgefunden hat. — Die Wohlbewegung der Ofenformner im Götlicher Lohnbezirk ist beendet. Die Höhe sind um 5 bis 10 % erhöht worden.

Angerburg. Seit Ostern stehen wir hier in der Ofenfabrik „Ofen- und Tonindustrie“ im Abwehrkampf, weil uns 10 % Feuerungszulage verweigert wurden. Bei Ausbruch des Streiks verlangten wir die Auszahlung der 4 Urlaubstage, was die Firma gleichfalls verweigerte. Friedrich Steppon und 3 Lehrlinge fungieren als Arbeitswille, als „Meister“ ein ungelerner Arbeiter. Am 2. Juni ist auch Bernhard Frick in den Betrieb gegangen. Ferner sind Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes bei der Herstellung von Pfeifenherstellung beschäftigt. Trotz all dieser Widrigkeiten haben wir erneut beschlossen, nur geschlossen wieder in den Betrieb zu gehen, wenn unsere Forderung erfüllt wird und wenn uns die 4 Urlaubstage ausbezahlt werden. Wir bitten um Fernhalten von Zugang.

Mauerfeinsten. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt ist an die „Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffe-erparnisse“ mit dem Ersuchen herangetreten, ein Gutachten über die Erhaltung von Ziegelföfen auszugeben. Man kann es einem Minister nicht verzeihen, wenn er auf solche Gedanken verfällt, denn er wird es nie nötig haben, sich von einem Ziegelföfen „erwärmen“ zu lassen. Das Gutachten ist auch nur eingefordert, weil gewisse „Experte“ besorgte Ofen für Arbeiterwohnungen als geeignet ansehen. Wir raten der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffe-erparnisse, dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt zu empfehlen, er möge in seiner Wohnung eine Probe mit diesen Ofen vornehmen. Er würde dann praktisch erfahren, daß diese Art Ziegelföfenbestimmung nicht Brennstoffe-erparnis, sondern eine ungeheure Brennstoffvergeudung bedeuten würde. Ist der Gedanke schon an sich beleidigend, daß für den Arbeiter ein Ziegelföfenhaufen als Ofen gerade gut genug sein soll, so wäre das auch volkswirtschaftlich eine schwere Schädigung. Mit einem Ziegelföfen wird bei der gleichen Menge Feuerungstoffe niemals die Heizkraft erzielt werden, die ein glasierter Kachelofen hergibt. Selbst dann nicht, wenn die Ziegel glasiert wären. Halbe Mauerfeinsten sind in Hamburg und Umgebung sojagener die Ziegel. Wer den gewaltigen Unterschied kennt in der Bedeutung dieser Ofen und solcher Ofen, die nur aus Kacheln gebaut sind, der wird zugeben, daß hinter aber aus Mauerziegel zu zusammenzusetzen ist, ein Doppeltes an Feuerung verbrauch für die ärmern Volksschichten ist. Mit der Einführung von Ziegelföfen oder würde eine noch schlimmere Brennstoffvergeudung getrieben, und die Kosten hätte die große Masse der arbeitenden Bevölkerung zu tragen. Also eine weitere schwere Belastung der Armen, Herr Wohlfahrtsminister! Aus schriftlichen Gutachten von Gesellschaften, die an einem Betrieb von Ziegelföfen geschäftlich interessiert sind, die aber selbst solche Ofen in ihren Zimmern nicht haben, würden Sie die ungeheure Schädigung der Volkswohlfahrt nicht erkennen, die durch Einführung von Ziegelföfen entstehen müßte. Praktische Erfahrung ist auch auf diesem Gebiete der allein richtige Lehramt. Hier und

darum raten wir Ihnen, Ihre Zimmer mit Mauerfeinsten zu versehen. Dabei dürfte Ihnen aber nicht mehr Feuerung zur Verfügung gestellt werden, als sich Mauerfeinsten oder keine Angelegte von ihrem geraden Einkommen beschaffen können. Dann brauchen Sie das „Wohlfahrt“ nicht über Mauerfeinsten lassen. Gegen das „Wohlfahrt“ erheben wir kläglichsten Protest und bitten alle in Betracht kommenden Stellen auf, sich gegen die Einführung von Ziegelföfen zu wehren. In alle zweckdienlichen Mitteilungen über Einführung von Ziegelföfen richte man an Herrn H. Eder, Minister, Lindenstraße 22.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Schweiz. Der Gipsstreik in Zürich währt unverändert weiter. Engagiergesetzte Melkungen sind unklar. Jeder Gipser weiche sich bei Arbeitsangeboten stets zuerst an die Streikleitung in der „Gips“, Hohlstraße, Zürich 4. Hoch die Solidarität! Die Streikleitung.

Vom Bau.

Der Mauerstreik in Weida vor Gericht. Am 10. Mai wurde vor dem Greiser Obergericht, das in Weida tagt, und von 2 Landgerichten, 2 Landrichtern, und dem Oberstaatsanwalt als Anklagenerreter Joseph war, gegen den Architekten Starke und den Mauermeister Köstlich, beide aus Weida, verhandelt. Die Anklage lautete auf strafrechtliche Missetat in Rateinheit mit Vergehen nach § 330 StGB. Der „Grundstein“ hat in seiner Nr. 10 vom Jahre 1923 über den Unfall, der 6 Bauarbeitern das Leben kostete, berichtet. Den beiden Angeklagten wurde zur Last gelegt, am 26. Januar 1923 durch ihr Verschulden den Tod von 6 Bauarbeitern herbeigeführt zu haben. Starke hatte die Bauleitung übernommen zum Bau eines Kesselfabrik und die Mauerarbeit an Köstlich übertragen. Die hintere Kesselfabrik des Gebäudes kam an einem Berg zu liegen. Im möglichst viel freien Hofraum zu erhalten, hatte man diesen abgegründet und die gewonnenen Steinmauern zur Aufführung der hinteren Mauer verwendet. Diese war als achtunddreißiger Ziegelmauer genehmigt, wurde nunmehr aber in 65 cm Stärke aus Bruchstein hergestellt. Der abgegrabene Berg bestand aus gutem Stein. Dies gestattete ein fast lotrecht abwärts und ließ auch keinen Schutz oder Druck befürchten. Es mußte viel gespart werden. In einer größeren Stelle der 30 m langen Kesselfabrik war nicht genügend abgegründet worden, um die Mauer in voller Stärke von 65 cm aufzuführen zu können. Hier wurde die Mauer nur 60 cm stark. Ihre volle Stärke erreichte sie erst in etwa 2 m Höhe. Um das vom oberen Gelände abfließende Niederschlagswasser abzuführen, hatte man hinter der Mauer in ungefähr 60 cm Höhe über der Kesselfabrik auf einer Kesselfabrik einen Kanal angelegt. In der Stelle, wo nicht genügend abgegründet war, verlegte man den Kanal in die Mauer hinein und verminderte ihre Stärke dadurch auf eine Länge von 5 m auf 30 bis 44 cm. Odbendriem sparte man an dieser so geschwächten Mauer auch noch den Zement; denn nur die hinteren, den Kanal bildenden 2 Ziegelfüßchen, wurden in verlängertem Zementmörtel gemauert und das übrige mit dem üblichen schmierigen Sand und zum Teil minderwertigen Kalk sowie mit kleineren Bruchsteinbrocken ausgefüllt. Beim Weitermauern wurde diese Mauer ja verdrückt und in 2 m Höhe die richtige Stärke auch an dieser Stelle erreicht. Schon während des Aufmurens ließ der Bauherr die Mauer dort, wo mehr als nötig abgegraben war, hinterfüllen. Das Mauergerüst stand einmal da und hierdurch kam das Hinterfüllen billiger. Als dann die Mauer die vorgeschriebene Höhe von 4,80 m hatte und das Gerüst entfernt war, weil es die Arbeit an dem vor der Mauer auszuführenden Kesselfundament hinderte, wurde das Hinterfüllen von der Seite aus fortgesetzt und der vorn ausgeschaltete Spalter hinter die Mauer gesteckt. Dieser Last konnte die noch nicht abgegebene und geschwächte Mauer nicht standhalten. Einmal aus dem Lot gedrückt, stürzte sie so schnell um, daß sich die in der 60 cm tiefen Fundamentgrube beschäftigten Arbeiter nicht mehr in Sicherheit bringen konnten. Größtenteils verunglückten 4 von ihnen tot unter den Trümmern herabgefallen; der Polier Ernst, der bis zu den Hüften von Mauersteinen vergraben war, starb am Abend des Unfalltages. Beide Angeklagten bestritten ihre Schuld; die Witterungseinstöße hätten einen Bergsturz herbeigeführt. Von 8 Sachverständigen schlossen sich 4, die aus Weida von den Angeklagten ausgezogen waren, deren Aufträgen in der Bauphase an. Dem Gutachten des Baukontrollors, der den Grabenarbeit eingehend untersucht und bei den Aufbaumarbeiten die Maße genau ausgemessen hatte, schloß sich 1 Gutachter (Gemeinderat) voll, und 2 weitere (1 Bauart und 1 technischer Beamter) zum großen Teil an. Das an anderen Tagen von demselben Gericht in Gera gefällte Urteil lautete für jeden Angeklagten auf 7 Monate Gefängnis und Ertragung der Kosten. Der Oberstaatsanwalt hatte je 8 Monate beantragt. Er führte unter anderem aus, daß die beiden Angeklagten dem Sparfameistrieb des Bauherrn ihre Verantwortlichkeit entgegenzusetzen mußten und auch hätten sehen müssen, daß die Mauer hinterfüllt wurde. — Unsere Kollegen erheben aus dem Prozeßausgang, wie die 5 Menschenleben beneidet werden. Sie können aber auch daraus lernen, daß Wirkarbeit schwerer folgen nach sich ziehen kann. Sie sollten deshalb viel Aufmerksamkeit verwenden; sie sollten nicht machen, sondern Vorgehen gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst dem Baukontrollor oder dem zuständigen Bauamt melden.

Allgemeine Rundschau.

Der Kampf im Bergbau wurde durch einen Bundespruch beendet. Der alte Mauerstreik bleibt bis zum 30. Juni 1923 bestehen. Damit bleibt erhalten die in die Lebensversicherung unter und der Bauarbeiter, der Lage, der Wiedereinstellung, der Urlaub, der eine Dienstverhältnisse, die Beschäftigung des Zivildienstes für Bauarbeiter etc. Jedoch ist bis zum 30. September bei Mauerarbeit festgelegt, die kann von diesem Tage an vorwärtiger

Wort gilt sogar bei manchem Strafenanhänger viel mehr als das der Gehobenen in jenem Lager. Auch ist er durchaus nicht der Mann, der von irgend jemand Ohrfeigen ruhig hinnehmen würde.

Einshorn. Die Baustelle des Unternehmers Thun in Kurgenmoor wurde gesperrt, weil die Kollegenhaft das Zusammenarbeiten mit zwei treifredenden Dachdeckern verweigert. Diese Dachdecker haben bisher von Mauern ausgeführte Arbeiten fertiggestellt und dabei bis zu 14 Stunden täglich gearbeitet. Die beiden Dachdecker sind aus Hetergen. Unsere dortigen Kollegen werden diese beide wohl kennenlernen.

Frankenberg. (Von einem Ausgesessenenverband.) Da in Chemnitz für die nicht mehr zu holen ist, so sind die berufsmäßigen Vertreter der gewerkschaftlichen Einigkeit auf die Dörfer gegangen, um dort Dummheit für sich einzufangen. In Frankenberg war es ihnen im vorigen Jahre gelungen, einen kleinen Teil der Mitglieder von unserer Bauergewerkschaft abzugewinnen, doch sind die Hainstraßenleute hier ohne jegliche Führung. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln und die sonstigen gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, ist gütigst unserer Bauergewerkschaft überlassen. Von seinen Anhängern verlangt der Ausgesessenenverband nichts weiter, als daß sie Beiträge zahlen, wofür sie die ihnen vorgeschriebenen Schimpfereien auf den Bauergewerksbund und die böse Verleumdung seiner Führer anhören oder lesen dürfen. Wenn sie dann noch selber mitgeschimpfen, falls ihnen die vom Bauergewerksbund erklärten Löhne nicht genügen, so ist das Höchste erreicht, was der Ausgesessenenverband zu bieten hat. Mein Wunder, daß sich nur wenige, und ganz von allen Wölfen Belassene finden, die daran ihr schwer verdientes Geld verschwendung. Zettel, aus Aue bemutlich wegen seiner großartigen Vorkämpfer gestiftet, die er auch den Frankener Bauarbeitern glücklicherweise vergeblich aufzusuchen beschickte, sowie Jägel, haben in ihren Erzeugungsbedingungen selbst erklärt, daß der Bauergewerkschaft nur durch die Einigkeit der Organisation gebietet werde, daß sie den Hainstraßenleuten nur aufzusuchen, um den Bauergewerksbund zu zwingen, ihre Anhänger als Mitglieder aufzunehmen. Sie seien jederzeit bereit, mit Sad und Rad wieder überzutreten. Solchen Schwindel glaubt natürlich niemand. In Chemnitz suchen sie die Bauergewerkschaft mit den gleichen schändlichen Mitteln auseinanderzureißen. Obgleich die Ausgesessenen 70 3 Wochenbeitrag und wöchentlich 60 3 für den Kampffonds zahlen sollen, verlangen ihre Anführer in Chemnitz nur 50 3 Wochenbeitrag und monatlich einen Kampffondsbeitrag von 50 3. So laufen sie von einem zum andern und bieten ihren Verband als billigen Aufguss an. Unsere Kollegen aber werden schon wissen, wo ihre Beiträge mehr Nutzen bringen, im Ausgesessenenverband, der wohl zum Kampfen heft, aber keine Streikunterstützung zahlen kann, wie seine Eintrittsbrief mal erklärt haben, oder beim Deutschen Bauergewerksbund, der sein Bestreben, die Lebensbedingungen der Bauarbeiter zu verbessern, unbeeinträchtigt und erfolgreich verfolgt.

Moschburg. Der Kollege Friedrich Neubauer, geboren 4. April 1900 zu Winkelried, ist von hier fast unter Mithahme von 10 Beitragsnummern 2 45 3. Wir bitten, ihn angabellen und zur Freisgabe oder Bezahlung der Kosten zu veranlassen und uns dann Mitteilung zu machen.

Reit. Der Unternehmer Franz Weichsmidt in Pilschendorf-Oberfeld weigert sich, den von den Organisationen vereinbarten Lohn zu zahlen. Auf eine ihm am 29. April schriftlich eingereichte Lohnforderung antwortete er am 8. Mai: „Jeden gewerkschaftlichen Lohn würde ich zahlen, wenn Sie sich erlösen, mit vorausgesetzter Höhe mit ausreichendem Verdienst wieder beschaffen zu können und dafür Sorge zu tragen, daß auch nur einigermaßen Arbeit vorhanden ist, damit nicht sämtliche Arbeiter auf Unterstützung angewiesen sind. Ich will Ihnen gleich offen sagen, daß ich jeden Bau liegen lassen muß, wenn ich höhere Löhne als jetzt zahlen soll. Nicht ein einziger Bauherr, außer Stadt Leuchten und eventuell Kleinriedelung, ist gewillt, mehr zu bezahlen. Ich selbst möchte auch mehr verdienen, und wenn es Ihnen möglich ist, dieses zu erreichen, so würde ich mich sehr gern Ihren Anweisungen fügen. Wie die Sache bei mir liegt, möge Ihnen nun klar sein; wenn Sie also von meinen Vorschlägen etwas herausbitten können, so tun Sie es bitte selbst, ich glaube aber nicht, daß es Ihnen nicht gelingen wird. Auch ein Reichsarbeitvertrag wird nichts ändern können; denn es ist kein Geld zu beschaffen und fällt jetzt schon schwer, diesen Lohn anzubringen. Das Reich selbst kann ja seine Verpflichtungen nicht erfüllen, folgedessen soll es die Hände davon lassen und sich selbst um den eigenen Sarg kümmern. Sehr würde ich mich freuen, wenn es Ihnen möglich würde, allen, aber auch allen Menschen ein zufriedenes Leben zu beschaffen. Wirken Sie bitte in diesem Sinne, Deutschlands Dank ist Ihnen sicher.“ — Daß der Unternehmer auch eine längere Arbeitszeit verlangt, das sei nur nebenbei erwähnt. Köstlich ist es, daß der Regierung angezogen wird, sich um den eigenen Sarg zu bemühen. Und was tut sich? Sie stellt Landräger, damit die Streikbrecher bewacht werden!! Die Arbeiter Weichsmidts sind gesperrt.

Die Industriezweig Sinnes-Mittel läßt durch die U. G. für Bauausführungen, Berlin, ein Großkraftwerk bei Leipzig ausführen. Die Firma verlangt, angeführt durch Sinnes-Mittel, von den Bauarbeitern die achtstündige Arbeitszeit, so daß die Baustelle von unserer Organisation gesperrt werden mußte. Mit allen möglichsten Mitteln versucht die Firma, Arbeitswille heranzubringen. Einige Male war es ihr gelungen, solche aus Halle und Himmegand unter der Führung eines Maurers Meier aus Immendorf zu bekommen, die aber immer wieder abdriften. Alle Bemühungen der Firma hatten bisher nur den Erfolg, einige sonst sehr revolutionäre, wegen Schulden es strichende Maurer zu finden, die der Kaufsirma und Sinnes-Mittel Vertreterdienste am Aufwindtag leisten. Auch einige Hilfsarbeiter lauern nur darauf, daß sich noch mehr arbeitswille Maurer finden, um dann ebenfalls ihre Vertreterdienste zu verrichten. Bauarbeiter allerorts, wehret diese Baustellen und werdet nicht zu Verrätern am Achtstundentag; denn auch diese beiden Unternehmer werden, wenn ihr nur wollt, unsere Forderungen anerkennen.

ist gekündigt werden. — Zu dem Gesamtergebnis wäre zu sagen, daß die Unternehmer ihren Willen bei weitem nicht durchgesetzt haben. Aber auch den Bergarbeitern hat der Kampf nicht die reiflose Erfüllung ihrer Forderungen gebracht. Mancher wird unzufrieden sein, daß nicht alle durchgesetzt wurde. Wenn man aber die ungünstigen Verhältnisse würdigt, unter denen die Bergleute diesen Kampf zu führen gezwungen waren, so dürfte einsehen, daß größere Vorteile schwerlich erreichbar waren.

Vom Zentralverband der Steinarbeiter erhalten wir als Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Richard Ritzke in Nummer 21 des „Grundstein“ eine Zuschrift, in der unter anderem dargelegt wird, daß bei der Kräftigung der Steinarbeiter über den Anschluß an andere Verbände 4218 Mitglieder für den Steinarbeiterverband, 2637 Mitglieder für den Baugewerksbund entschieden hätten. Das Abstimmungsresultat sei in allen Einzelheiten allen zum Steinarbeiterverband übergebenen Filialen zur Ansicht vorgelegt worden. Dieses Material hätten die den Lebertritt nicht mitmachenden Filialen nicht erhalten, weil sie davon kein Recht mehr hatten. Die Verurteilung dieses Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sei „völlig abwegig“, die Resolution D. H. man verlangt nur den organischen Zusammenschluß miteinander gehörender Verbände. Darüber aber hätten die Organisationen selbst zu entscheiden. Mit Ausnahme des Bezirks Groß-Ranft und 11 weiterer Filialen hätten sich heute alle Steinarbeitervereine dem Steinarbeiterverband angeschlossen. — So viel aus der Zuschrift. Wir bemerken dazu, daß die Entscheidung D. H. man vom Steinarbeiterverband vorfalsch ausgelegt wird. Die Entscheidung verlangt nach eingehender Begründung die Industriearbeiterorganisation, sie fordert unter anderem auch für das Baugewerbe den einheitlichen Industriebund. Zum Baugewerbe gehören die Steinarbeiter ganz unstrittig, genau wie die Asphalture, die seitens dem Baugewerksbund angehörend. Deshalb sind die Folgerungen Ritzkes in diesem Punkte zurecht. Abwegig ist die Auslegung des Steinarbeiterverbandes.

Verbandsrat der Zimmerer. In den Tagen vom 26. bis zum 28. Mai hat der Zentralverband der Zimmerer in Eisenach seinen 23. Verbandstag abgehalten. Seine Arbeiten waren vorwiegend dem Wiederaufbau des Verbandes gewidmet. Anzitation und Selbstentwertung haben zwar auch diesen Verband finanziell geschwächt, aber seine Grundpfeiler sind fest und unerschütterlich geblieben, dank dem Ehrgeiz und dem Kampfesgeist seiner Mitglieder. Unser Baugewerksbund war auf dem Verbandstage durch den Kollegen Paepow vertreten. In der Aussprache über die Geschäftsberichte kam zum Ausdruck, daß dem Institut der Reaktion auf den Schlußtag sowie dem Institut der Unternehmer, die sozialen Einrichtungen abzubauen, alle Kraft entgegengezeigt werden muß. Die unterschiedlichen Auffassungen über die Gewerkschaftsarbeit, hervorgerufen durch die verschiedene parteipolitische Einstellung der Verbandsmitglieder, führte in der Aussprache zu einem scharfen Kampf der Geister. Er wurde entschieden durch eine von der Verbandsleitung vorgelegte Entschließung, die getreue auf die bisherige grundsätzliche Haltung vor allem die Einheit des Verbandes bewahren will. Die mit 17 gegen 38 Stimmen angenommene Entschließung fordert in ihrem Schlußabschnitt von allen Verbandsmitgliedern: „daß sie die grundsätzliche Haltung des Verbandes beachten und im Interesse der Einheit der gewerkschaftlichen Organisation jeden parteipolitischen Streit im Verband vermeiden. Mitglieder, die diese Forderung nicht beachten und die sachliche Verbands- und Gewerkschaftsarbeit stören, insbesondere sich an Gegenorganisationen oder Sonderbestrebungen beteiligen, die die Einheit des Verbandes gefährden, die Interessen des Verbandes und können dementsprechend nach den Satzungen behandelt werden.“

In den Fragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts fordert der Verbandstag, daß die Gewerkschaften für die neuere und die Unterführungsfrage erklärt werden, daß die Pflichtarbeit beseitigt wird. Die Arbeitszeitverordnung fand scharfen Widerspruch, ebenso die Schließungsordnung. Die Mitglieder wurden verpflichtet, die den Arbeitern und ihren Vertretern gebührende Rechte mit allem Nachdruck geltend zu machen und der willkürlichen Arbeitszeitverlängerung entgegenzutreten. Ferner brachte der Verbandstag zum Ausdruck, daß der in der Schließungsverordnung vorgesehene Einigungszwang die Lebensinteressen der Arbeiter und die Gewerkschaften in große Gefahr bringt, der auf das wirksamste begegnet werden müsse. — In der Organisationsfrage wurde der bisherige Standpunkt nicht geändert. Im A. D. B. hätten die Verhandlungen über den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses die organisatorischen Streitfragen noch nicht gelöst. Für den gewerkschaftlichen Neuaufbau erweise sich der Berufsverband als die zweckmäßigste Organisationsform. Der Verbandstag nahm davon Abstand, seinen Standpunkt in der Organisationsfrage erneut festzulegen und legte es selbstverständlich ab, in dieser Frage nach parteipolitischen Rücksichten zu entscheiden. Er erklärte weiter, daß es nicht im Interesse der Gewerkschaften liege, wenn verhandelt werden sollte, den Zusammenschluß auf dem Wege verbindlicher Vereinbarabschlüsse zu fördern. Selbst wenn wirtschaftliche Rücksichten und gewerkschaftliche Notwendigkeiten zum Zusammenschluß drängen, könne ein solcher nur dann zu größerer Entfaltung gewerkschaftlicher Kräfte führen, wenn dabei auf geschäftlich gewerbliche und geistige Zusammenhänge sowie auf den freien Willen der in Frage kommenden Verbände Rücksicht genommen werde. — In den kämpferischen und im Jahre und um die Arbeitszeit sind zurzeit 125 Filialstellen mit 11230 Zimmerern besetzt. Trotz aller in den letzten Jahren durchgemachten Not kämpfen auch die Zimmerer heldenhaft um den Achtstundentag. Die Entscheidung des Verbandstages über die Frage einer Reichsstarifvertragsverneuerung ging dahin, daß es im Interesse des Verbandes liege, wenn ein neuer Reichsstarifvertrag zustande komme. Der Verbandstag beauftragte daher seine Vertreter, unter Wahrung des bisher von ihnen eingenommenen Standpunktes an weiteren Verhandlungen teilzunehmen und den Abschluß eines neuen Vertrages zu vollziehen, sofern sein Inhalt den Forderungen der Zimmerer genüge. — Das Vertrags- und Unterführungsproblem wurde neu geregelt. Mit großer Mehrheit beschloß der Verbandstag grundsätzlich die Wiedereinführung der Gewerkschaftsunterführung. Den Zeitpunkt des Wiedereintrittens soll die Verbandsleitung bestimmen. Der Beitrag für die Zentralstelle wird künftig einem Stundenlohn entsprechen. Daneben wurden Mindestbeiträge für die Lokalstellen festgelegt. Nach Vornahme der Wahlen hatte der Verbandstag seine Arbeiten beendet. Leider ist der Zimmererverbandstag dem Zusammenschluß im Baugewerksbunde und damit einer noch innigeren, wirksameren Gewerkschaftsarbeit für die gesamte Bauarbeiterchaft innerlich noch nicht völlig gekommen. Aber unbeschadet dessen wünschen wir aufrichtig, daß seine Arbeit dazu beitragen möge, den Zimmererverband weiter zu kräftigen und zu stärken, zum Besten seiner Mitglieder und der gesamten Bauarbeiterchaft und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Die Einheit des Verbandes, die zu wahren der Verbandstag allen Mitgliedern zur höchsten Pflicht gemacht hat, ist die beste Vorsicht für sein ferneres erfolgreiches Wirken.

Verbandsrat der Dachdecker Deutschlands. In den Tagen vom 20. Mai bis zum 1. Juni hat der Zentralverband der Dachdecker im Schloß Rannisch bei Stadtrambau in Thüringen, in dem idyllisch gelegenen Heim der deutschen Dachdeckerjugend, seinen 14. Verbandstag abgehalten. Außer

handlungen teilzunehmen und den Abschluß eines neuen Vertrages zu vollziehen, sofern sein Inhalt den Forderungen der Zimmerer genüge. — Das Vertrags- und Unterführungsproblem wurde neu geregelt. Mit großer Mehrheit beschloß der Verbandstag grundsätzlich die Wiedereinführung der Gewerkschaftsunterführung. Den Zeitpunkt des Wiedereintrittens soll die Verbandsleitung bestimmen. Der Beitrag für die Zentralstelle wird künftig einem Stundenlohn entsprechen. Daneben wurden Mindestbeiträge für die Lokalstellen festgelegt. Nach Vornahme der Wahlen hatte der Verbandstag seine Arbeiten beendet. Leider ist der Zimmererverbandstag dem Zusammenschluß im Baugewerksbunde und damit einer noch innigeren, wirksameren Gewerkschaftsarbeit für die gesamte Bauarbeiterchaft innerlich noch nicht völlig gekommen. Aber unbeschadet dessen wünschen wir aufrichtig, daß seine Arbeit dazu beitragen möge, den Zimmererverband weiter zu kräftigen und zu stärken, zum Besten seiner Mitglieder und der gesamten Bauarbeiterchaft und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Die Einheit des Verbandes, die zu wahren der Verbandstag allen Mitgliedern zur höchsten Pflicht gemacht hat, ist die beste Vorsicht für sein ferneres erfolgreiches Wirken.

Für die Woge vom 15. bis 21. Juni ist der 25. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.

der Verbandsleitung waren 21 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches versammelt, dazu 3 Gäste. Unter diesen befanden sich unsere Kollegen Silberstein als Vertreter des A. D. B. und Kollege Paepow als Vertreter des Baugewerksbundes. Auch die Dachdecker und ihre Organisation haben schwere Zeiten durchgemacht. Aber Treue und Opferwilligkeit eines guten Mitgliederstandes haben die durch Selbstentwertung und Arbeitslosigkeit verursachten Rückschläge überstanden, so daß mit neuen Kräften an der weiteren Kräftigung der Organisation gearbeitet werden kann. Dazu werden die Beiträge des Verbandstages auf das Beste beitragen. In der Aussprache über die Geschäftsberichte hielt die Opposition mit ihrer Kritik nicht zurück, doch verlagte sie dem Vorstande nicht ihr ferneres Vertrauen. In einer Entschließung wurde die gute und fruchtbringende Arbeit der Verbandsleitung anerkannt und ihre Entlastung erteilt. Den kämpfenden Bergarbeitern sprach der Verbandstag in einer Kundgebung seine brüderliche Solidarität aus. In der Beratung über den Reichsstarifvertrag, eine der wichtigsten Fragen, die den Verbandstag beschäftigten, zeigte sich, daß der Reichsstarifvertrag in den wesentlichen Punkten auch beurteilt wird als in den übrigen Punkten. In einer Entschließung brachte der Verbandstag klar zum Ausdruck, welche Stellung der Verband in dieser Frage einnehmen soll. Eingehender hat der Verbandstag ferner über den Antrag des A. D. B. und des Baugewerksbundes beraten und einstimmig beschlossen, daß die Frage im Januar 1925 durch eine Abstimmung mit der Reichsstarifkommission entschieden werden soll. In der weiteren Beratung wurden die Satzungen den Anforderungen der Zeit entsprechend ausgebaut und verbessert. Als Zentralvorstand wurde Kollege H. Thomas wiedergewählt, ebenso der Zentralrat Kollege Jakob Diehl und damit diesen beiden bewährten Führern der Dachdeckerbewegung erneut das Vertrauen ausgesprochen. Durch seine Beschlässe hat der Verbandstag dem Dachdecker gute Waffen gegeben für ihre Kämpfe um bessere Lebensbedingungen.

Unsere Bauarbeiterinternationale wird in der Zeit vom 20. bis 26. Juni in Stockholm, Varnhuskajen 16, ihre 6. Konferenz abhalten. Die Tagesordnung, die nur gewerkschaftliche und berufliche Angelegenheiten aufweist, läßt kaum vermuten, daß innerhalb ihres Rahmens wichtige Beschlüsse in bezug auf gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen getroffen werden sollen. — Die endgültige Entscheidung über den angeschlossenen Organisationen zur Weltgewerkschaft jener Verbände, die in Beziehungen zum Internationalen Propagandaamt der Bauarbeiter — eine Filiale der Moskauer Internationale — stehen, war auf der 5. Konferenz gemeinsamer Verschieden worden. Die dort angenommene Entschließung veranlaßte eine Informationsreise des Sekretärs nach Rußland; sein Bericht (auf den wir noch zurückkommen) wird zweifellos zu einer klaren Entscheidung beitragen. Bestimmt wird auch wieder auf dieser Konferenz die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller bauarbeiterlichen Arbeiter dargetan, und im Zusammenhang damit die Wichtigkeit auf internationalen Gebieten mit Recht kritisiert worden. Der Konferenz in Stockholm dürfte aber außer der Kritik dieses Zustandes auch die Entscheidung über seinen Weiterbestand zufallen; denn es ist vielfach nicht leicht, den Umstand, daß einzelne Bauarbeiterverbände 4 Bauarbeiterberufsunternationalen angehören, im Zusammenhang mit dem Worte „Organisation“ zu erklären. — Die voraussichtliche Veränderung der politischen Marschrichtung des französischen Volkes wird nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterbewegung in Rußland sein. Vollständig eingestrichelt, weshalb die Aufhebung der dort von der Bauarbeiterinternationale getroffenen Einrichtungen vorgesehene war.

Preisabbaen oder Lohnverhöhung? Ein Meinungsstreit zwischen Dr. Heinz Holtzoff und Fritz Tarnow in der „Sozialen Praxis“ verdient besondere Beachtung. Beide wünschen die Hebung der arbeitsunwürdigen Lebenshaltung der Arbeiterchaft. Holtzoff würdigt dies auf dem Wege des Preisabbaes zu erreichen, damit die Währung nicht in Gefahr komme; als Mittel dafür empfiehlt er steuerliche Maßnahmen (Grundrenten statt Umsatzen)

und einen organisierten Käuferstreik. Tarnow befreit die Möglichkeit der Organisierung und richtigen Durchführung eines zur Senkung der Preise führenden Käuferstreiks. Man müsse den Kampf um die Lebenshaltung von der Lohnfrage her in Angriff nehmen. Werden die Löhne erhöht, so braucht um so weniger eine Preisverhöhung die Folge zu sein, als diese in den Weltmarktpreisen eine Strenge findet. Dagegen wird durch der Lohnverhöhung die Spanne zwischen Preisen und Löhnen geringer werden, indem ungebührliche Zwischengewinne, unproduktive Überbelegung des Personals, Gewinn- und Dividendenpläne — die wirtschaftliche Kraft der Volkswirtschaft — notgedrungen ausgegremelt werden müssen. So kann der Lohnanteil bei steigenden Preisen erhöht werden, und eben darauf kommt es an, nicht auf die absolute Höhe der Preise und der Löhne. Die Lohnsteigerungen — selbst eine Steigerung des Stundenlohnes um 10 % — würden, wenn im übrigen die Preise nicht steigen, eine so geringe Vermehrung des Geldeinkommens bedeuten, daß dies zu keiner Inflation führen würde. Es ist nämlich zu beachten, daß es sich um die Lohnfrage für nur eine Woche handelt, da das hierfür verwendete Geld sofort in Umlauf kommt und bei den Lohnzahlungen der nächsten Woche bereits wieder zur Verfügung steht.

Arbeitszeitverkürzung und Produktionsbeitrag. In der Zeitschrift „Die Economist“ gibt der bekannte Schokoladenfabrikant J. Cadbury, der in seinem Betrieb 10 000 Arbeiter beschäftigt, lehrreiche Aufschlüsse über das Verhältnis der Arbeitszeit zum Produktionsbeitrag. Der Produktionsbeitrag wird durch die Anstrengung der Arbeiter, die Verbesserung der Betriebsorganisation und die Entlohnung der Technik beziehungsweise der Ausrüstung mit Maschinen beeinflusst. Im einzelnen Fall ist es sehr schwer, den Anteil dieser einzelnen Faktoren einzuschätzen, da diese in der Regel zusammenwirken. Cadbury stellt fest, daß die Arbeitszeitverkürzung in den letzten 10 Jahren durch das Zusammenwirken der erwähnten 3 Faktoren mehr als ausgeglichen wurde. Er hat für seinen Betrieb folgende Tabelle aufgestellt:

| Art der Arbeit | Produktionsbeitrag im Vergleich mit dem Beitrag im Jahre 1913 | Die Erzeugung wurde erhöht | Die Erzeugung wurde erniedrigt |
|---------------------------|---|----------------------------|--------------------------------|
| Kafaelagerung | 47 | 15 | 12 |
| Schokoladenverpackung | 39 | 15 | 18 |
| Schokoladenverpackung | 27 | 10 | 12 |
| Verarbeitung mit Hand | 27 | 12 | 12 |
| Verarbeitung mit Maschine | 15 | 5 | 5 |
| Verteilung und Versand | 27 | — | 9 |

Englischer Streit über Löhne und Unternehmerwillkür in Deutschland. In der angesehenen bürgerlichen Wirtschaftszeitschrift „Die Economist“ berichtet ein Korrespondent über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Frage, wie nach Stabilisierung der Mark ein inländische Konjunktur für verschiedene Verbrauchsgüter entstehen konnte, beantwortet er damit, daß die Lohn- und Gehaltsanpassung sich an Entlohnungen in der Ernährung während der Inflation so gewöhnt haben, daß sie nach der Stabilisierung etwas von ihren geringen Löhnen zur Veranschaulichung von Arbeitslosen verwenden konnten. „Inzwischen“ heißt es — „kann nicht behauptet werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig außerordentlich beschäftigt ist.“ Die Nominallöhne sind geringer als vor dem Krieg, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 % höher stehen. Die Reallohn betragen demzufolge nicht mehr als 60 % der Friedenslöhne. In den ersten Tagen der Stabilisierung war die Arbeiterklasse mit der neuen Lohnfestsetzung sehr einverstanden. Mit der Zeit wurde ihr aber die wirtschaftliche Lage klar, und es waren gerade die Lohnverhöhungen, die ihr die hoffnungslose Geringfügigkeit der gegenwärtigen Entlohnung vor Augen führten. An anderer Stelle: „Die Unternehmer sind außerst anmaßend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärs und sind gegenwärtig im vollen Bewußtsein ihrer überlegenen Lage bei den Verhandlungen. . . . Wenn die Unternehmer nicht eine verständlichere Haltung annehmen, so wird der Tag der Abrechnung kommen, und vielleicht viel früher, als die meisten heute vermuten.“

Bücher und Schriften.

- Gewerkschafts-Streik.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 2, Preis des Heftes 1 Mark. Verlag: Gewerkschafts-Verlag, Jena, Dudenstraße 10.
- Die Internationalen Arbeiterbildungsvereinigungen.** Bericht über die Arbeiterbildungs-Konferenz in Brüssel, abgehalten am 16. und 17. August 1922. Verlag: Internationaler Gewerkschaftsbund, Berlin. Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des A. D. B., Jena, S. 14, Jenastr. 2. Preis 1,60 A.
- Die Frauenwerberarbeit in Deutschland.** Von Anna C. E. Eyer. Die Schrift behandelt die Frauenwerberarbeit, deren Entlohnung und den Einfluß der weiblichen Werberarbeit auf den Gesundheitszustand und die Moral der Frau. Preis 2 A. 24jähriger Verlagsanstalt und Drucker, Jena (Abteilung Buchverlag).
- Was heißt Deutschland? — Was heißt Frankreich?** Darüber unterrichtet Knapp, gründlich, tendenzlos eine Vorklärungsschrift, die auch, trotz grundsätzlicher Annahme des Sachverständigenstandes, dessen Wirkung auf die konsumierenden Schichten kritisch beleuchtet. Auch die Frage des Arbeiterbundschlusses und der Zukunft des europäischen Arbeits, insbesondere auf Grund der Auswirkungen des französischen Streiks, ist eingehend behandelt. Die Schrift ist leicht und verständlich durch die Deutsche Liga für Menschenrechte, Berlin W 66, Wilhelmstraße 48.
- Der Eisenhohof.** Dieser vom Südbund G. Reichen für Schule und Praxis herausgegebene Heftchen liegt jetzt in dritter, neuerbeter Auflage vor. Das 290 Seiten starke Buch enthält 800 Textabbildungen. Noch mehr als seine vorausgegangenen Auflagen wird es dem Eisenhohofschaffmann ein unverzichtbares Hilfsmittel sein. Das Buch ist abgesetzt für 14,40 A. in neuen gebunden für 16,40 A. vom Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 66, Wilhelmstr. 90, zu beziehen.
- Gemeinnützige Bauarbeiter-Gewerkschaft Anklam.** Sonntag, den 21. Juni, nachmittags 4 Uhr, im „Schuhhaus“: Aufheben der Generalversammlung. 2. Statutenänderung (Gesellschaftsstatut). 3. Verleumdung. Die Anklam liegt für die Mitglieder vom 15. bis 21. Juni im Kontor der Gewerkschaft zur Ansicht aus. Beiträge sind bis zum 20. Juni schriftlich beim Vorstande einzureichen. Der Ausschussleiter: Schmidt & Co. g. v. e. r.